



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	4
Dauerhafte Beflaggung mit Deutschland- und Sachsenflagge in Bernsdorf abgelehnt	4
Wahlkampfunterstützung für Sachsen-Anhalt.....	4
Nachrichten von und mit Karsten Hilse	5
Der Iran-Krieg ist NICHT Schuld an den Energiepreisen Rede Karsten Hilse, 16.4.2026 im Deutschen Bundestag	5
Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026	5
NEUES von unseren Landtagsabgeordneten	6
Staatsregierung scheitert erneut im ländlichen Raum.....	6
AfD-Fraktion im Stadtrat Bautzen.....	7
Arbeitsgelegenheiten Asylbewerber	7
Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen	8
Druckausgabe Blaue Post Bautzen.....	9
Archiv Blauer Rundbrief	9
Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag	9
Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag.....	9
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 12.4.2026	10
Die Sonntagskolumne im Audio-Format	12
PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.4.2026	12
Minderjährige, ausländische Gewalttäter abschieben!.....	12
Energienotstand: Deutsche Kernkraftwerke so schnell wie möglich anschmeißen!	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 15.4.2026	13
Regierung muss jedem Bürger 1.000 Euro Tankgeld aus eigener Kasse zahlen!.....	13
Krankenkassen-Reform: Einschnitte bei arbeitslosen Migranten erforderlich und nicht bei Familien!	14



PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.4.2026	14
Grimma: Regierung verweigert AfD-Politikern Urban, Höcke und Siegmund Schutz vor linken Gewaltexzessen!	14
AfD-Anfragen: Über 20.000 Pflegekräfte fehlen / Bezahlung 263 Euro unter Bundesdurchschnitt	15
Einladung von RB Leipzig in Landtag unglücklich: Vertreter der „Aufstiegsreform“ einladen!	16
PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.4.2026	16
Vorbild Slowakei: Russland-Sanktionen aufheben! Öl- und Gaslieferungen ermöglichen!	16
Diebstahl mit Waffen: 93,2 Prozent der Tatverdächtigen sind Ausländer!	17
Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	18
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland	18
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	18
Positionspapier „So retten wir Deutschland“	18
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken	19
Merz nimmt Dir den letzten Cent	19
Kernkraft zurück ans Netz: Unser Land hat keine Zeit für Scheindebatten!	19
CDU hebt die Demokratie schon wieder aus!	20
Karenztag und Feiertag weg: Schwarz-Rot verlangt Dir immer mehr ab!	21
Bildung statt Ideologie: Keine NGOs an unseren Schulen!	21
Syrier 16-mal häufiger tatverdächtig: Remigration statt Einbürgerung!	22
26% in Deutschland haben Migrationshintergrund: Einbürgerungen endlich aussetzen!	23
Bevölkerung schützen: Syrier endlich abschieben!	24
Schwarz-Rot am Abgrund: Merz blockiert die Rettung Deutschlands!	24
Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt	25
Eltern in Aufruhr: Vorzeigeschule präsentiert Kindern Homo-Pornos	25
André Barth bald offiziell Bürgermeister in Altenberg	25
Gericht nennt Correctiv-Bericht „unwahr, ungenau und unvollständig“	25
Gehaltserhöhung: 65.000-Euro-Plus für Kanzler Merz erst nach Kritik gestoppt	25
Video-Empfehlungen	25
Informationskanäle der AfD	25
Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen	26
Radio Klartext	26
NIUS – Die Stimme der Mehrheit	26



Ostdeutsche Allgemeine Zeitung	26
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen	26
Regionalgruppen im KV Bautzen	28
SPENDENKONTO	28
KONTAKT:.....	28

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Dauerhafte Beflaggung mit Deutschland- und Sachsenflagge in Bernsdorf abgelehnt

Am 7.4.2026 brachte der Bürgermeisterkandidat Lutz Härtner eine Anfrage zur Unterstützung des Antrags auf Dauerbeflaggung vor dem Bernsdorfer Rathaus in den Bernsdorfer Stadtrat ein.



In der Stadtratssitzung vom 16.4.2026 wurde dies vom Stadtrat mehrheitlich abgelehnt mit den Begründungen, daß es einen Beflaggungserlass zu besonderen Feiertagen und evtl. Halbmast bei Trauer gäbe und das Hissen der Flaggen sonst ja nichts Besonderes mehr ist und damit seine Bedeutung verliert. Außerdem wurde die Kostenfrage vorgeschoben, obwohl Masten als auch Flaggen vorhanden sind.

Lutz Härtner, Bürgermeisterkandidat in Bernsdorf äußert sich wie folgt:

„Ich bedauere die Ablehnung für die Bernsdorfer Außenwirkung sehr. Die Dauerbeflaggung des Rathauses

hätte ein Zeichen sichtbarer staatlicher und regionaler Identität im Alltag sein können. Ich persönlich sehe es als klares Bekenntnis zu Sachsen und Deutschland.

Das Vorschieben der Kostenfrage ist für mich schlicht eine Ausrede, Masten und Flaggen sind vorhanden, da sie ja an Feiertagen auch gehisst werden.

Unverständnis herrscht meinerseits auch darüber, daß die CDU-Fraktion im Kreistag für denselben Antrag mit Ja gestimmt hat, ihre Zustimmung in der Stadt Bernsdorf aber verweigert.“

Bernsdorf, 17 April 2026

<https://afdsachsen.de/buergermeisterkandidat-fuer-bernsdorf-lutz-haertner/>

Wahlkampfunterstützung für Sachsen-Anhalt

Das Jahr 2026 wird in einigen Bundesländern ein spannendes Wahljahr.

Baden-Württemberg Anfang März war leider kein Vorbild. Richtungsweisend werden die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern (20.9.2026) und in Sachsen-Anhalt (6.9.2026).

Wir als Kreisverband Bautzen wollen vor allem den Wahlkampf im benachbarten Sachsen-Anhalt unterstützen. Wer Interesse hat, mal einen Tagesausflug mit uns zu machen und beim Verteilen von Flyern zu helfen, kann sich gerne bei uns melden.

Bei genügend Interesse werden wir einen Bus mieten und gemeinsam nach Sachsen-Anhalt fahren. Bitte geben Sie uns unter info@afdbautzen.de Bescheid, ob Sie Interesse haben und in welchem Zeitraum.

Auf der Webseite www.vision2026.de kann man sich auch selbst anmelden, wenn man z. B. einige Tage länger in Sachsen-Anhalt bleiben will.

Nachrichten von und mit Karsten Hilse

Der Iran-Krieg ist NICHT Schuld an den Energiepreisen | Rede Karsten Hilse, 16.4.2026 im Deutschen Bundestag

Video: <https://www.youtube.com/watch?v=VInjGzg1X8U>

Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026

Liebe Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der AfD,

auch in diesem Jahr bieten wir wieder die beliebten Informationsfahrten nach Berlin und in den Deutschen Bundestag an und Karsten Hilse, unser Lausitzer Bundestagsabgeordneter lädt Sie herzlich auf diesen Ausflug ein.



Wir reisen in einem komfortablen Reisebus nach Berlin und übernachten in einem Hotel direkt in Berlin. Neben dem Besuch im Bundestag und der Gesprächsstunde mit Karsten Hilse werden wir die zwei Tage wie gewohnt mit interessanten und spannenden Programmpunkten abrunden.

Die Teilnahme an dieser Reise ist generell kostenlos, abgesehen von eventuell anfallenden Eintrittsgeldern und einem kleinen Trinkgeld für unseren Busfahrer und den Gästebetreuer in Berlin. Außerdem enthalten ist zweimal Mittagessen.

Die Übernachtung erfolgt grundsätzlich in Doppelzimmern. In manchen Hotels ist es jedoch in Einzelfällen auch möglich, gegen Selbstzahlung des Aufpreises vor Ort, ein Einzelzimmer zu bekommen, darauf besteht aber kein Anspruch!

Termine:

21./22. Mai 2026 (mit Warteliste, da derzeit ausgebucht)

19./20. November 2026

(jeweils Donnerstag und Freitag)

Anmeldung:

Unter Angabe aller folgenden Punkte, **bitte ausschließlich unter folgender Mailadresse:** karsten.hilse.ma02@bundestag.de

- Name, Vorname
- vollständige Adresse (Straße, PLZ, Wohnort)
- Geburtsdatum und -ort
- Mobilnummer, Emailadresse
- Zustieg (Bautzen oder Hoyerswerda)
- Doppelzimmer mit namentlicher Belegung oder eventueller Einzelzimmerwunsch
- Vegetarier, Veganer, eventuelle Behinderungen

NEUES von unseren Landtagsabgeordneten

Staatsregierung scheitert erneut im ländlichen Raum

Auf meine Nachfrage, Drs 8/6305, zum aktuellen Planungsstand für den Neubau der Landesuntersuchungsanstalt in Bischofswerda erklärte die Staatsregierung, dass „vor dem Hintergrund laufender Abstimmungen zur Optimierung der Baukosten kann derzeit weder ein konkreter Fertigstellungstermin benannt werden noch eine abschließende belastbare Kostenschätzung erfolgen.“



Dazu erklärt der AfD-Landtagsabgeordnete Frank Peschel:

„Nach der Antwort zur Südumfahrung S106 Bautzen ein weiteres Beispiel der Staatsregierung, dass der ländliche Raum vernachlässigt wird.

2023 (Drs. 7/14100) hieß es noch, dass die Gesamtfertigstellung der LUA in Bischofswerda 2029 erfolgen soll und die Baukosten bei 226 Millionen Euro lägen.

Der Freistaat hat seine Finanzen nicht im Griff und kann keine Projekte glaubhaft umsetzen.

Die aktuelle Antwort ist Ausdruck für die desaströse Politik der Staatsregierung. Alte Aussagen verlieren an Gültigkeit. Diese Politik steht für Unzuverlässigkeit, Planlosigkeit und führt zu einem massiven Glaubwürdigkeitsverlust der Staatsregierung.

Ich sehe die große Gefahr, dass die Staatsregierung über neue Schulden den kommenden Haushalt aufstellen will. Dies gilt es zu verhindern. Die Staatsregierung muss ihr Ausgabenproblem in den Griff bekommen, damit Investitionsgelder auch in Zukunft bereitgestellt werden können.“

Quellen:

https://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=6305&dok_art=Drs&leg_per=8&pos_dok=1&dok_id=undefined

https://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=14100&dok_art=Drs&leg_per=7&pos_dok=1&dok_id=undefined

Frank Peschel, MdL

15. April 2026

<https://afdsachsen.de/staatsregierung-scheitert-erneut-im-laendlichen-raum/>



AfD-Fraktion im Stadtrat Bautzen

Arbeitsgelegenheiten Asylbewerber

Am 29.10.2025 hatte der Stadtrat in Bautzen beschlossen, dass die Stadt Bautzen über Ihre BBB mbH Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber schafft. Die Projekte sollten insbesondere der Verschönerung des Stadtbildes dienen.

Die Bilanz der Stadt fällt jedoch mit Datum 09.04.2026 ernüchternd aus:

„Wir müssen feststellen, dass die eingesetzten Personen nur unregelmäßig zur Arbeit erschienen sind, bzw. ein größerer Teil die Tätigkeit vorzeitig beendet hat. Derzeit ist lediglich noch eine Person in diesem Bereich tätig.“

Weiter heißt es: „In der Gesamtbetrachtung ergibt sich somit ein äußerst negatives Bild für dieses Arbeitsprojekt. Aus diesen Gründen wird das Projekt von unserer Seite nicht weiter fortgeführt, da der erzielte Effekt in keinem angemessenen Verhältnis zu den eingesetzten personellen Ressourcen steht und eine hohe Frustration bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erzeugt hat.“

Es ist ein weiterer Hinweis an die Politik, Fehlanreize in der Asyl- und Migrationspolitik zu beseitigen und die Leistungsempfänger in die **Pflicht** zu nehmen.

Ralph Nitschke, AfD Fraktionsvorsitzender Stadtrat Bautzen
13. April 2026



Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen

Fr	17.04.2026	18.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Dietrich-Bonhoefer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	STAMMTISCH mit Doreen Schwietzer, MdL
Mo	20.04.2026	19.00 Uhr	Ratskeller Pulsnitz Am Markt 2 01896 Pulsnitz	BÜRGERSTAMMTISCH der AfD- Stadtratsfraktion Gast: Ralf-Peter Hechtberger
Mi	22.04.2026	16.00-18.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Dietrich-Bonhoefer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Doreen Schwietzer, MdL
Mi	22.04.2026	19.00 Uhr	Flair Hotel Weststr. 10-12 01917 Kamenz	BÜRGERDIALOG mit Jörg Urban, MdL und Gästen
Mi	22.04.2026	17.30 Uhr	Gedenktafel Niederkaina	KRANZNIEDERLEGUNG zum gemeinsamen Gedenken an die Opfer von Niederkaina
Di	28.04.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Spremlinger Str. 11	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	29.04.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	29.04.2026	18.00 Uhr	Bernsdorf OT Straßgräbchen vor der Feuerwehr	BÜRGERDIALOG des Bürgermeisterkandidaten Lutz Härtner Gast: Karsten Hilse, MdB
Do	30.04.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	13.05.2026	18.30 Uhr	Dorfgemeinschaftshaus Wilschdorfer Str. 3 01477 Arnsdorf OT Fischbach	BLAUER STAMMTISCH mit den MdB's Matthias Rentzsch und Karsten Hilse sowie Kommunalpolitikern aus der Umgebung
Mi	20.05.2026	9.00 Uhr	Bernsdorf Wochenmarkt	BÜRGERDIALOG des Bürgermeisterkandidaten Lutz Härtner Gast: Jörg Urban, Landesvorsitzender
Mi	20.05.2026	18.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	STAMMTISCH mit Jörg Urban, MdL

Termine, Pressemitteilungen und weitere Infos aus dem KV Bautzen finden Sie hier:
www.afdbautzen.de



Druckausgabe Blaue Post Bautzen

Einmal im Quartal gibt es die Druckausgabe unserer Kreisverbandszeitung. Für alle, die lieber online lesen oder keine im Briefkasten hatten (wir freuen uns immer über Unterstützung bei der Verteilung) geht es hier zur Version zum Herunterladen: <https://afdsachsen.de/blau-post-bautzen-ausgabe-april-2026/>

Archiv Blauer Rundbrief

Lesen Sie hier ältere Ausgaben des Blauen Rundbrief: <https://afdsachsen.de/blauer-rundbrief-des-afd-kreisverband-bautzen/>



Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag

Hier finden Sie alle Informationen:

CORONA
Untersuchungsausschuss

Alle Informationen unter:
corona-untersuchungsausschuss-sachsen.de

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 12.4.2026

Liebe Freunde, liebe Leser,

allein in der sächsischen Metall- und Elektroindustrie sind seit 2023 etwa 12.000 Arbeitsplätze weggefallen. Es vergeht kaum ein Tag ohne neue Unternehmenspleiten in Sachsen. Die Kraftstoffpreise gehen durch die Decke. Eine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer droht.

Laut ifo-Institut wird sich die Schrumpfung der [Wirtschaft](#) auch 2026 fortsetzen. „Deutlich schlechtere Aussichten für die deutsche [Wirtschaft](#)“ – diese Überschrift aus der Frankfurter Allgemeinen [Zeitung](#) kurz vor Ostern bringt die Lage leider auf den Punkt.

Erinnern Sie sich noch, wie uns der CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz im Bundestagswahlkampf als kompetenter [Wirtschafts](#)fachmann angepriesen wurde? Wo ist sie denn jetzt, diese Kompetenz? Eine Frage, die ich gerne auch dem sächsischen CDU-Ministerpräsidenten Michael Kretschmer stellen will. Denn die [Energie](#) ist weiterhin teuer, die Bürokratie wuchert, die Steuern sind hoch und die Arbeitsplätze unsicher. Täglich gehen Unternehmen pleite.

Da muss sich was ändern und wir können das ändern!

Unsere [Wirtschaft](#) braucht dringend günstige [Energie](#). Die Unternehmen fliehen seit Jahren vor den hohen Energiekosten ins Ausland. Besonders betroffen sind die chemische Industrie, die Metallindustrie und die Baustoffindustrie. Aber auch alle anderen Betriebe leiden unter der gescheiterten [Energiewende](#), die vor allem von der CDU und den Grünen vorangetrieben wurde. Diese Parteien haben einseitig auf Wind- und Sonnen-[Energie](#) gesetzt. Damit wollten sie das Weltklima retten. Tatsächlich haben sie dadurch nur die [Energie](#) in Deutschland extrem teuer gemacht.

Ein trauriges Beispiel aus dieser Woche: Immer mehr sächsische Brauereien geraten in finanzielle Not. Nach der Mauritius-Brauerei in Zwickau meldeten mehrere Betriebe in Mitteldeutschland Insolvenz an. Laut Holger Eichele, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Brauerbundes, belasten hohe Kosten für [Energie](#) und Rohstoffe die Branche massiv.

Was wir jetzt dringend brauchen: Bezahlbares Gas und Öl, sichere [Kernenergie](#) und bewährte sächsische Braunkohle. Günstige [Energie](#) für alle Bürger und Unternehmen. Dann brummt auch die [Wirtschaft](#) wieder!

Die Belastung durch Steuern und Abgaben muss ebenfalls reduziert werden. Wir brauchen uns doch nicht zu wundern, wenn Unternehmen wie Bosch von Sachsen nach Ungarn umziehen. In Ungarn liegt die Steuerbelastung für Unternehmen bei 9 Prozent. In Deutschland beträgt sie rund





30 Prozent. Die Steuerlast muss sinken, damit unsere Unternehmen wieder wettbewerbsfähig werden und nicht ins Ausland abwandern.

Das ganz aktuelle Beispiel, das Bürger genauso wie Unternehmen betrifft: Die hohen Kraftstoffpreise. Die Steuern und CO₂-Abgaben sind in Deutschland auf internationalem Rekordniveau. Bei einem Preis von 2,20 Euro pro Liter Benzin gehen rund 66 Prozent an den Staat – das entspricht ganzen 1,45 Euro.

Der deutsche Staat nimmt derzeit in einer Woche an den Tankstellen 200 Millionen Euro ein. Das entspricht etwa einer Milliarde Euro pro Monat. Es wird Zeit, diese Abzocke zu beenden und die Bürger und Unternehmen von den hohen Spritkosten zu entlasten. Wir fordern: Die CO₂-Abgabe komplett streichen! Die Energiesteuer und die Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe aussetzen! Dann wird das Tanken sofort wieder bezahlbar.

Auch die angedrohte Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19 auf 21 Prozent ist leider ein weiteres Beispiel für die katastrophale Steuerpolitik in Deutschland. Um die [Wirtschaft](#) und auch den Handel zu beleben, brauchen wir Steuersenkungen und keine Anhebung der Mehrwertsteuer. Klar: Die Regierung aus CDU und SPD greift zum letzten Strohalm, um die riesigen Haushaltslöcher irgendwie zu stopfen. Dieses Vorhaben muss aber scheitern, weil die hohe Steuerlast auch die letzten Wachstumsbereiche der [Wirtschaft](#) erstickt.

Statt zu versuchen, Bürger und Unternehmen noch mehr auszupressen, muss die Regierung an ihre Ausgaben ran. Das heißt: Kein Geld mehr für den Krieg in der Ukraine! Kein Geld mehr für ideologische [Klima](#)- und Asylprojekte! Kein Geld mehr für linke und linksextreme NGOs!

Doch es sind nicht nur die Steuern und Abgaben, die ständig steigen. Seit Jahren nimmt die Bürokratie zu und belastet unsere Unternehmen. Sie bindet Arbeitszeit, verhindert Investitionen, bremst Innovationen aus und ist ein großer Wettbewerbsnachteil. Die Bürokratie muss radikal zurückgeschnitten werden. Sachsen braucht einen schlanken Staat und wettbewerbsfähige Unternehmen, die sich erfolgreich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können.

Sachsen leistet sich unter der Regierung von CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer sehr teure und absolut unnötige staatseigene Organisationen außerhalb der Ministerien, wie zum Beispiel die „Digitalagentur Sachsen“, das „Zentrum für Fachkräftesicherung und Gute Arbeit Sachsen“ und die „Sächsische Energieagentur“.

Die sind so offensichtlich unnütz, dass sie auch immer wieder aus [Wirtschaft](#)skreisen kritisiert werden. Letztlich können alle drei Organisationen sofort gestrichen und ihre Aufgaben von den zuständigen Ministerien übernommen werden.

Wir brauchen einen schlanken Staat und keine staatlichen Doppelstrukturen, in denen Posten und Pöstchen auf Steuerzahlerkosten verteilt werden. Die unter Michael Kretschmer unnötig um mehr als 10.000 Stellen aufgeblähte Verwaltung muss schnellstens wieder verkleinert werden.

Kommen wir zu den selbstmörderischen Russland-Sanktionen, die vor allem unserer eigenen [Wirtschaft](#) schaden. Die Russland-Sanktionen müssen aufgehoben werden, um günstiges Gas, Öl und andere Rohstoffe importieren zu können. Zugleich muss es sächsischen Unternehmen erlaubt sein, nach Russland zu exportieren. Für eine starke [Wirtschaft](#) brauchen wir dringend freien Handel mit allen Ländern der Welt.

Natürlich benötigt unsere Wirtschaft auch in Zukunft die immer wieder thematisierten Fachkräfte. Aber die müssen nicht mit hohem Aufwand aus Ägypten oder dem Irak geholt und ausgebildet werden – die benötigten Fachkräfte finden wir im eigenen Land! Das gerade beginnende Zeitalter der künstlichen Intelligenz wird zigtausende Stellen in der Verwaltung und anderen Bereichen überflüssig machen. Wir wollen zudem die Überakademisierung stoppen und mehr junge Menschen für die Berufsausbildung begeistern. Deshalb werden wir die berufliche Ausbildung im Mittelstand und im Handwerk stärken. In diesem Sinne setzt sich die AfD-Fraktion u. a. für eine Erhöhung des Meisterbonus und für einen Zuschuss zum Führerschein für Auszubildende ein.

Außerdem werden wir das Pflichtfach Wirtschaft an unseren sächsischen Schulen einführen. Ein eigenständiges Fach Wirtschaft vermittelt gezielt Wissen, das für das spätere Berufsleben oder den Start als Unternehmer gebraucht wird: Wie entstehen Preise und Löhne? Was bedeutet Produktivität? Welche Rolle spielen Steuern, Abgaben und Sozialversicherungen? Wie baut man ein Unternehmen auf? Unsere sächsischen Ausbildungsbetriebe wünschen sich, dass dieses Grundwissen bereits in der Schule behandelt wird.

Und genau dafür steht unsere AfD!
Bis nächsten Sonntag,

Ihr Jörg Urban

<https://afd-fraktion-sachsen.de/rettet-die-saechsische-wirtschaft/>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.4.2026

Minderjährige, ausländische Gewalttäter abschieben!

Die sächsische Regierung trifft sich aktuell mit Bundesministern. Unter anderem gibt es einen Austausch mit Bundesjustizministerin Stefanie Hubig.



CDU schaut zu, wie Kinder ausgeraubt werden ...



Dazu erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban:

„Die Gewalt von ausländischen Jugendlichen zählt zu den größten Sicherheitsproblemen in Sachsen. Wenn Sachsens CDU-Justizministerin Constanze Geiert ihren eigenen Kindern rät, sich im Zweifelsfall das Handy von den Tätern abnehmen zu lassen, ist das ein Eingeständnis des sicherheitspolitischen Versagens der CDU.

Fakt ist: Die CDU hat über viele Jahre hinweg gewalttätige Jugendliche unkontrolliert einreisen lassen. Nun muss die CDU dafür sorgen, die Straftäter schnell und unkompliziert abzuschicken. Das muss auch für minderjährige Gewalttäter aus dem Ausland gelten. Wir erwarten, dass diese Forderung der Bundesjustizministerin mitgegeben wird.

Darüber hinaus spricht sich die AfD dafür aus, die Strafmündigkeit auf 12 Jahre zu senken. Sachsen muss zudem Einrichtungen für sehr junge Gewalttäter schaffen, wie es sie bisher nur in

anderen Bundesländern gibt.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/minderjaehrige-auslaendische-gewalttaeter-abschieben/>

Energienotstand: Deutsche Kernkraftwerke so schnell wie möglich anschmeißen!

„Deutschland könnte die [Kernenergie](#) um das Jahr 2030 herum wieder in Betrieb nehmen – aber es müsste sich bald bewegen“, betont Tarik Choho vom internationalen Nuklearkonzern Westinghouse gegenüber der „Welt“. Das Unternehmen ist derzeit mit der Demontage deutscher Kernkraftwerke beschäftigt, würde die Kraftwerke aber gern auch wieder hochfahren.

Dazu erklärt Jan Zwerg, energiepolitischer Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion: „Wir erleben aktuell die zweite schwere Energiekrise innerhalb weniger Jahre. Hinzu kommt: Wer im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz eine Rolle spielen will, braucht [Energie](#), [Energie](#) und nochmal [Energie](#). Die großen Tech-Konzerne investieren deshalb massiv in die [Kernkraft](#).

Vor diesem Hintergrund ist es fatal, unsere deutschen Kernkraftwerke demontieren zu lassen. Wir müssen sie so schnell wie möglich wieder in Betrieb nehmen. Die Ausreden der CDU, dass dies technisch nicht zu realisieren sei, wurde nun erfreulicherweise widerlegt.

[Kernkraft](#) ab dem Jahr 2030 ist machbar. Also: Worauf warten wir?“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/energienotstand-deutsche-kernkraftwerke-so-schnell-wie-moeglich-anschmeissen/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 15.4.2026



Regierung muss jedem Bürger 1.000 Euro Tankgeld aus eigener Kasse zahlen!

Nach dem Willen der Bundesregierung sollen Unternehmen ihren Mitarbeitern 1.000 Euro „Krisenbonus“ zahlen.

Dazu erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban:

„Wer bestellt, der zahlt. So steht es im Grundgesetz. Deshalb gibt es nur eine Möglichkeit: Die Regierung von Friedrich Merz (CDU) muss das Tankgeld für die Bürger selbst aus der eigenen Kasse zahlen. Auch die Länder und die Kommunen dürfen dabei nicht zusätzlich belastet werden.

Unternehmen aufzufordern, einen Krisenbonus zu zahlen, ist absurd. Vielen kleinen und mittleren Betrieben steht das Wasser bis zum Hals. Diese Unternehmen brauchen in der aktuellen Energiekrise selbst Hilfe.

Der Krisenbonus von Friedrich Merz käme folglich vor allem den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes zugute, während die Kellnerin im Restaurant und viele Handwerker leer ausgehen dürften. Das ist unsozial und ungerecht.

Deshalb muss die Regierung ihre Krisenprofite direkt wieder an die unnötig geschöpften Bürger abgeben. Darüber hinaus muss sie die Steuern auf [Energie](#) dauerhaft senken, damit die Krisengewinne des Staates gar nicht erst anfallen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/regierung-muss-jedem-buerger-1-000-euro-tankgeld-aus-eigener-kasse-zahlen/>

Krankenkassen-Reform: Einschnitte bei arbeitslosen Migranten erforderlich und nicht bei Familien!

CDU-[Gesundheitsministerin](#) Nina Warken (CDU) will im Rahmen einer Krankenkassen-Reform höhere Zuzahlungen für Medikamente durchsetzen. Zudem soll es Einschnitte bei der Familienversicherung geben.

Dazu erklärt Katja Dietz, gesundheitspolitische Sprecherin der sächsischen AfD-Fraktion:

„Die Krankenkasse soll in Zukunft mehr kosten. Zugleich sollen die Leistungen sinken. Gegenüber allen Leistungsträgern unserer [Gesellschaft](#) – und dazu zähle ich selbstverständlich auch Mütter – ist diese Reform eine Frechheit.

Deutschland finanziert Asylbewerbern sogar künstliche Befruchtungen. Selbst arbeitsunwillige und ausreisepflichtige Migranten erhalten zuzahlungsfreien Zahnersatz, während Arbeitnehmer bis zu 40 Prozent selbst bezahlen müssen.

Insgesamt kostet die medizinische Versorgung arbeitsloser Ausländer in Deutschland rund fünf Milliarden Euro. Hier muss gespart werden und nicht bei denjenigen, die im Schnitt pro Monat 800 Euro für ihre Krankenkasse zahlen müssen. Für diese 800 Euro haben unsere Arbeitnehmer auch entsprechende Leistungen verdient.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/krankenkassen-reform-einschnitte-bei-arbeitslosen-migranten-erforderlich-und-nicht-bei-familien/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.4.2026

Grimma: Regierung verweigert AfD-Politikern Urban, Höcke und Sigmund Schutz vor linken Gewaltexzessen!

Aufgrund der Befürchtung linksextremer Gewaltexzesse wurde in Grimma eine [Veranstaltung](#) in der Muldenhalle mit Jörg Urban, Björn Höcke und Ulrich Sigmund per „Nutzungsunterlassung“ de facto unmöglich gemacht.

**Regierung verweigert
Urban, Höcke und Siegmund
Schutz vor linken
GEWALTTEXZESSEN!**



Veranstaltung in Grimma
nach Antifa-Drohung
abgesagt!



Unsere Meinung dazu: Es ist die Aufgabe von CDU-Innenminister Armin Schuster, für Sicherheit im gesamten Freistaat Sachsen zu sorgen. Wenn es Gegendemonstrationen gibt, dann ist es die Aufgabe des Innenministers, die Durchführung der geplanten Veranstaltungen durch ein entsprechendes Polizeiaufgebot abzusichern.

Grimmas Oberbürgermeister Tino Kießig liegt deshalb falsch, wenn er sagt, man hätte die von Linken ausgehenden Gefahren nicht ignorieren können und sei somit zur Absage gezwungen gewesen. Gewaltbereite Kräfte dürfen in einer freiheitlichen Demokratie niemals mit ihren Drohungen erfolgreich sein. Genau dazu ist es jetzt aber in Grimma gekommen. Deshalb ist das ein schlechter Tag für die Grundrechte aller Bürger und für die Demokratie.

Im Gegensatz zum CDU-Innenminister werden wir uns von militanten Linken nicht einschüchtern lassen. Die Veranstaltung ‚Mittelstand trifft Politik‘ werden wir – so schnell es geht – nachholen.
<https://afd-fraktion-sachsen.de/grimma-regierung-verweigert-afd-politikern-urban-hoecke-und-siegmund-schutz-vor-linken-gewaltexzessen/>

AfD-Anfragen: Über 20.000 Pflegekräfte fehlen / Bezahlung 263 Euro unter Bundesdurchschnitt

Bis zum Jahr 2040 fehlen in Sachsen 20.719 Vollzeitkräfte in der [Pflege \(8/6219\)](#). Einer der Hauptgründe für diesen Fachkräftemangel dürfte die schlechte Bezahlung sein: In Sachsen erhalten Pflegekräfte 263 Euro weniger Gehalt als im Bundesdurchschnitt ([8/6220](#)).

Erfragt hat die Daten der sozialpolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Peter Bachmann. Zu den Ergebnissen sagt er:

„SPD-Sozialministerin Petra [Köpping](#) versucht mit viel Steuergeld Pflegekräfte aus Brasilien anzuwerben. Diese Strategie ist zum Scheitern verurteilt. Zum einen möchte Brasilien die Pflegekräfte gar nicht abgeben. Zum anderen dürften die teuer angeworbenen Brasilianer beizeiten in andere Bundesländer weiterziehen, weil sie dort deutlich mehr verdienen.

Es gibt nur eine Lösung für dieses Problem: Sächsische Pflegekräfte müssen genauso gut verdienen wie in anderen Bundesländern. Darauf muss Sozialministerin Köpping hinarbeiten.

Zudem muss sie für bessere Arbeitsbedingungen sorgen. Die Teilzeitquote ist in der Pflege nur deshalb so hoch, weil es sich um äußerst anstrengende Tätigkeiten handelt. Wenn dann noch ausufernde Dokumentationspflichten dazukommen, sinkt verständlicherweise die Motivation, Vollzeit zu arbeiten. Auch hier besteht daher akuter Handlungsbedarf.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfragen-ueber-20-000-pflegekraefte-fehlen-bezahlung-263-euro-unter-bundesdurchschnitt/>



»Ossis« bekommen
263 Euro weniger!



Einladung von RB Leipzig in Landtag unglücklich: Vertreter der „Aufstiegsreform“ einladen!

Am 11. Mai 2026 soll im Sächsischen Landtag ein Parlamentarischer Abend mit Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) und dem Fußballverein RB Leipzig stattfinden.



Aufstiegsreform 2025
EINLADEN!



Dazu erklärt der sportpolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Heiko Gumprecht:

„Ich finde diesen gemeinsamen Abend von CDU-Ministerpräsident Kretschmer zusammen mit RB Leipzig im Landtag unglücklich. Der Landtag als Schirmherr der Veranstaltung sollte sich nicht auf die Seite eines bestimmten Fußballvereins schlagen.

Passender wäre es, die Vertreter der Initiative ‚Aufstiegsreform 2025‘ einzuladen. In dieser Initiative sind sächsische Vereine aus Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Plauen, Eilenburg und z.B. auch aus Bischofswerda vertreten. Sie setzen sich dafür ein, dass alle Meister der Regionalligen direkt aufsteigen und die Benachteiligung des Ost-Fußballs endet.

Laut Medienberichten will der DFB am 14. Mai über die Regionalliga-Reform eine Entscheidung fällen. Wir würden uns daher freuen, wenn vorher die Anliegen der Ost-Vereine im Landtag besprochen werden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/einladung-von-rb-leipzig-in-landtag-ungluecklich-vertreter-der-aufstiegsreform-einladen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.4.2026

Vorbild Slowakei: Russland-Sanktionen aufheben! Öl- und Gaslieferungen ermöglichen!

Die Slowakei will das nächste Paket der Russland-Sanktionen blockieren. Das Ziel des kleinen Landes, das nur ein paar mehr Einwohner als Sachsen hat: Man möchte russisches Öl haben.

Die Ukraine hatte den Öltransit durch die Druschba-Pipeline Ende Januar gestoppt, jedoch eine Wiederaufnahme des Transits für Ende April versprochen. Hintergrund des Streits ist die Weigerung der Slowakei, Waffen an die Ukraine zu liefern.

Die AfD sagt: Es ist richtig, keine Waffen zur Verlängerung des Ukraine-Kriegs zu liefern!

Und: Gerade in der aktuellen, schweren Energiekrise brauchen wir Öl und Gas aus Russland! Die Russland-Sanktionen müssen dafür aufgehoben werden! Neben der zügigen Reparatur der Druschba-Pipeline müssen auch die Nord-Stream-Stränge repariert werden, damit günstiges, russisches Gas direkt in Deutschland ankommen kann.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/vorbild-slowakei-russland-sanktionen-aufheben-oel-und-gaslieferungen-ermoeglichen/>



Diebstahl mit Waffen: 93,2 Prozent der Tatverdächtigen sind Ausländer!

Ausnahmsweise berichtet der MDR einmal groß über einen AfD-Antrag. Es geht um den rasanten Anstieg der Messergewalt. Die AfD fordert härtere Strafen.



Der MDR fährt nun alle Geschütze auf, um das als unnötig darzustellen. Zum einen kommt CDU-Justizministerin Constanze Geiert zu Wort: „Allein das häufigere Auftreten von Straftaten mit Messern kann eine höhere Mindeststrafe nicht rechtfertigen.“

Zum anderen beruft sich der MDR auf Frank Asbrock, Direktor des Zentrums für kriminologische Forschung Sachsen. Seine These: „Geflüchteten (sic!) haben Asbrock zufolge zudem schlimme Erfahrungen auf ihrer Flucht gemacht.“ Deshalb darf man also zum Messer greifen? Wir sagen: Nein! Außerdem führt der „Experte“ laut MDR an: „Mehr als 90 Prozent der Tatverdächtigen seien Männer.“

Sind „Männer“ also das eigentliche Problem? Wir sagen wieder: Nein!

Ein Blick in die aktuelle Polizeiliche Kriminalstatistik genügt für ein klares Bild. Ein Beispiel daraus: 2025 lag der Ausländeranteil bei „Diebstahl unter erschwerenden Umständen von Kraftwagen mit Waffen“ bei 93,2 Prozent. Sieben Tatverdächtige waren deutsche Staatsbürger. 96 sind in der Statistik als „nicht-deutsch“ erfasst.

Noch Fragen, lieber MDR?

<https://afd-fraktion-sachsen.de/diebstahl-mit-waffen-932-prozent-der-tatverdaechtigen-sind-auslaender/>



Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag


PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Positionspapier „So retten wir Deutschland“

Während Schwarz-Rot streitet, zeigt unsere Klausurtagung in Cottbus: Die AfD-Fraktion ist geschlossen, zielstrebig und bereit, Deutschland eine echte Alternative zu bieten. Wir haben einstimmig ein starkes Wirtschaftspapier für Deutschland beschlossen. 

Link: <https://www.facebook.com/photo?fbid=1507784394044086&set=pcb.1507786014043924>

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken



Merz nimmt Dir den letzten Cent

Kanzler Merz (CDU) wollte sich eine satte Gehaltserhöhung von 65.000 Euro jährlich genehmigen lassen – zusätzlich zu seinem ohnehin üppigen Kanzlergehalt. Erst nach massiver öffentlicher Kritik wurde das Vorhaben gestoppt. Die geplante Erhöhung sollte offenbar still und leise durchgewunken werden, bis der Aufschrei in den Medien und der Bevölkerung zu laut wurde. Ein Vorgang, der zeigt, wie selbstverständlich sich die politische Klasse am Steuerzahler bedient.

Millionen Bürger in Deutschland kämpfen mit steigenden Lebensmittelpreisen, explodierenden Energiekosten und einer Inflation, die das Ersparte auffrisst. Rentner drehen jeden Cent

zweimal um, Familien wissen kaum noch, wie sie über den Monat kommen. Und ausgerechnet in dieser Lage greift der Kanzler in die Staatskasse, um sein eigenes Gehalt aufzubessern. Das ist kein Einzelfall, sondern Ausdruck einer tiefen Entfremdung zwischen Regierung und Volk. Wer so handelt, hat den Bezug zur Lebensrealität der Menschen längst verloren.

Die AfD fordert seit Jahren eine Begrenzung der Politikergehälter und eine stärkere Koppelung an die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung. Wer den Bürgern Verzicht predigt, muss bei sich selbst anfangen. Diese abgehobene Kaste aus Berufspolitikern braucht eine echte Opposition, die solche Selbstbedienung konsequent benennt und beendet. Genau dafür steht die AfD.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1477371680425142&set=a.797289411766709>

Kernkraft zurück ans Netz: Unser Land hat keine Zeit für Scheindebatten!

Jens Spahn (CDU) fordert, die abgeschalteten deutschen Atomkraftwerke wieder hochzufahren. Der ehemalige Gesundheitsminister und heutige Abgeordnete bringt damit erneut eine Debatte ins Rollen, die in der Union seit Jahren geführt wird — ohne jedes Ergebnis. Konkret geht es um die drei letzten Meiler, die im April 2023 vom Netz gingen. Spahn spricht von Energiesicherheit und bezahlbarem Strom. Doch von konkreten Umsetzungsplänen fehlt jede Spur.

Das Muster ist bekannt: Die CDU wirft medienwirksam ein Thema in den Raum, das Millionen Bürger bewegt. Bezahlbare Energie, Versorgungssicherheit, industrielle Wettbewerbsfähigkeit — all das hängt an einer vernünftigen Energiepolitik. Doch die CDU regiert inzwischen selbst. Kanzler Merz (CDU) sitzt im Kanzleramt, Wirtschaftsministerin Reiche (CDU) hat die Zuständigkeit. Statt zu handeln, wird wieder nur debattiert. Die Strompreise bleiben hoch, die Industrie wandert ab, und die Bürger zahlen die





Zeche. Das ist die hundertste Ankündigung ohne Substanz aus einer Partei, die längst liefern müsste.

Die Zeit für Debatten ist vorbei. Deutschland braucht Taten, keine Schlagzeilen. Die AfD steht für eine klare Energiepolitik: Kernkraftwerke wieder ans Netz, Strompreise runter, Versorgungssicherheit garantieren. Der Wille der Bürger ist eindeutig. Es braucht endlich eine politische Kraft, die handelt — und das ist nicht die CDU.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1476753690486941&set=a.797289411766709>



CDU hebt die Demokratie schon wieder aus!

CDU, SPD und Grüne planen in Rheinland-Pfalz eine Änderung der Landesverfassung, um das Quorum für Untersuchungsausschüsse von einem Fünftel auf ein Viertel der Abgeordneten anzuheben. Der Grund: Die AfD verfügt im neuen Landtag über 24 von 105 Sitzen — knapp über einem Fünftel — und könnte damit eigenständig Untersuchungsausschüsse einberufen. AfD-Spitzenkandidat Jan Bollinger hatte bereits angekündigt, einen Ausschuss zur Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen einzusetzen. Beschlossen werden soll die Änderung in drei Sondersitzungen des noch amtierenden, bereits abgewählten Landtags.

Das Muster ist bekannt. Schon Kanzler Merz (CDU) nutzte den abgewählten Bundestag im März 2025, um gemeinsam mit SPD und Grünen die Schuldenbremse weitgehend auszuhebeln — weil im neuen Bundestag die Zweidrittelmehrheit fehlte. In Mainz hätten CDU, SPD und Grüne die nötige Mehrheit zwar auch im neuen Parlament, doch offenbar soll jede Verzögerung vermieden werden. Das „wichtigste parlamentarische Kontrollinstrument“, so der AfD-Abgeordnete Damian Lohr, werde gezielt ausgebremst. Ausgerechnet jene Parteien, die Demokratie predigen, hebeln Minderheitenrechte aus, sobald die Opposition sie tatsächlich nutzen will.

Die AfD fordert zu Recht die parlamentarische Aufarbeitung der Corona-Politik und den Schutz von Minderheitenrechten im Parlament. Wer Untersuchungsausschüsse als „destruktiv“ diffamiert, hat etwas zu verbergen. Das ist die CDU unter Merz: Demokratie nur dann, wenn das Ergebnis passt.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1476523967176580&set=a.797289411766709>

Karenztag und Feiertag weg: Schwarz-Rot verlangt Dir immer mehr ab!

Die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und SPD in der Berliner Villa Borsig drohten am vergangenen Wochenende zu platzen. Laut Spiegel stand ein Abbruch der Gespräche im Raum. Auslöser war unter anderem die Forderung der CDU, den 1. Mai als bundesweiten Feiertag abzuschaffen und einen Karenztag bei Krankheit einzuführen — also die Lohnfortzahlung am ersten Krankheitstag zu streichen. Die SPD wertete beides als gezielte Provokation. Nach einem 24-stündigen Verhandlungsmarathon einigte man sich am Ende auf eine vorübergehende Senkung der Energiesteuer auf Benzin und Diesel, die von Experten bereits als unwirksam kritisiert wird.



Was hier sichtbar wird, ist ein Koalitionstheater auf dem Rücken der Bürger. Die CDU provoziert mit Angriffen auf Arbeitnehmerrechte, die SPD blockiert eine Einkommensteuerreform und klammert sich an eine Übergewinnsteuer, die nur unter EU-Vorbehalt kommt. Heraus kommt eine Alibi-Maßnahme bei den Spritpreisen, die niemandem wirklich hilft. Beide Parteien werfen sich gegenseitig ein „Politikmanagementproblem“ vor — und genau das ist es auch. Während die Energiekrise die Menschen täglich belastet, verhandeln CDU und SPD über Symbolpolitik statt über echte Entlastung.

Die AfD fordert seit langem eine spürbare Entlastung der Bürger und Arbeitnehmer: durch niedrigere Steuern, weniger Abgaben und eine Politik, die den arbeitenden Menschen in den Mittelpunkt stellt. Statt Feiertage zu streichen oder wirkungslose Steuersenkungen auf Zeit zu beschließen, braucht es eine grundlegende Reform der Steuer- und Abgabenlast. Wer Arbeitnehmer entlasten will, muss bei Einkommensteuer und Energiekosten dauerhaft handeln — nicht mit faulen Kompromissen aus nächtlichen Krisensitzungen.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1475931643902479&set=a.797289411766709>



Bildung statt Ideologie: Keine NGOs an unseren Schulen!

Die politische Neutralität an deutschen Schulen steht unter massivem Beschuss, während die Grenze zwischen Bildung und Indoktrination gefährlich verschwimmt. Immer häufiger berichten Eltern davon, dass ihre Kinder im Unterricht mit einseitigen politischen Veranstaltungen konfrontiert werden, ohne dass eine Wahlmöglichkeit besteht. So verpflichten zwei Schulen in Niedersachsen, ihre Schüler etwa zur Teilnahme an Lesungen des Vereins „Omas gegen Rechts“ – einer Organisation, die sich offen gegen die AfD und konservative Positionen positioniert. Dass solche Veranstaltungen nun als Pflichtprogramm in den Schulalltag eingebaut werden, tritt das Gebot des Beutelsbacher Konsenses mit Füßen. Anstatt zum eigenständigen Denken angeleitet zu werden,

werden Kinder und Jugendliche zum Publikum für ideologische Erziehung degradiert. Eltern, die diese Praxis kritisieren, müssen zudem befürchten, umgehend als „rechts“ abgestempelt zu werden.



Wie weit dieser Kontrollverlust und die Missachtung elterlicher Rechte bereits fortgeschritten sind, zeigt ein handfester Skandal an der Oberschule Schleife im Kreis Görlitz. Während einer Projektwoche im März konfrontierten zwei "non-binäre" Aktivist*innen des Theaterprojekts „Mut!“ Neuntklässler mit pornografischen Bildern, die Homosexuelle in eindeutigen Posen zeigten. Unter den Augen eines Schulleiters, der die 14- bis 15-jährigen Kinder ohne pädagogische Aufsicht mit den Aktivist*innen allein ließ, wurde zudem massiver ideologischer Druck ausgeübt. Die Schüler sollten sich mit „Pronomen“ statt Namen vorstellen; wer auf seinem Namen bestand, wurde mit Sätzen wie jenen über das „Nazi-Sachsen“ beschimpft, in dem man nichts anderes erwartet habe. Flankiert wurde das Ganze durch die Verteilung von Anti-AfD-Flyern.

Die AfD fordert angesichts dieser Zustände eine strikte Rückkehr zum Neutralitätsgebot. Politische Propaganda, Transgender-Ideologie und erst recht die Konfrontation mit pornografischem Material durch externe NGO-Aktivist*innen haben in Klassenzimmern nichts verloren. Tino Chrupalla, direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Görlitz, fordert daher ein klares Verbot solcher Schulprojekte. Schulen müssen wieder Orte der echten Bildung sein, keine Umerziehungsanstalten. Die AfD setzt sich konsequent dafür ein, dass die politische Instrumentalisierung von Schülern unterbunden wird und Elternrechte sowie der Schutz der Kinder wieder an erster Stelle stehen.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1475107937318183&set=a.797289411766709>

Syrer 16-mal häufiger tatverdächtig: Remigration statt Einbürgerung!

Jeder zweite Tatverdächtige bei Gewaltdelikten besitzt keinen deutschen Pass. Das belegen aktuelle Länderzahlen, über die die Welt berichtet hat. Besonders drastisch fällt die Statistik in Bayern aus: Syrer werden dort 16-mal häufiger als Tatverdächtige erfasst als Deutsche, Afghanen 14-mal häufiger, türkische Staatsangehörige etwa viermal so oft. Auch in Berlin, Hamburg und Baden-Württemberg liegt der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger bei rund 50 Prozent. Bayerns Innenminister Herrmann (CSU) sprach von einem „klaren Zusammenhang mit der hohen Zuwanderung der vergangenen Jahre“. Sätze wie diese fallen häufig bei der CSU, Anlass zur echten Migrationswende sind sie nie.



Die Zahlen sind eindeutig, und sie sind ein Armutszeugnis für die CDU-geführte Bundesregierung. Nichtdeutsche stellen rund 15 Prozent der Bevölkerung, aber die Hälfte aller Gewalt-Tatverdächtigen. Trotz eines leichten Rückgangs der Gewaltkriminalität um zwei Prozent steigt der Anteil ausländischer Tatverdächtiger sogar weiter. Statt diese Fakten zum Anlass für eine konsequente Rückführungsoffensive zu nehmen, setzt die CDU auf Einbürgerungen und symbolische Ankündigungen. Wer Straftäter einfach zu Deutschen macht, senkt zwar die Statistik — aber nicht die Kriminalität.

Die AfD fordert seit Jahren, was längst überfällig ist: die zwingende Ausweisung verurteilter ausländischer Straftäter, den konsequenten Vollzug bestehender Ausreisepflichten und die Verweigerung eines Aufenthaltsrechts für Gewalttäter. Wer kein Bleiberecht hat und Straftaten

begeht, muss dieses Land verlassen — nicht eingebürgert werden. Nur eine echte Remigrationsoffensive schützt die Bürger dieses Landes.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1474951694000474&set=a.797289411766709>



26% in Deutschland haben Migrationshintergrund: Einbürgerungen endlich aussetzen!

Jeder vierte Einwohner in Deutschland hat inzwischen einen Migrationshintergrund. Nach den neuesten Daten des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2025 stieg dieser Anteil auf 26,3 Prozent, was 21,8 Millionen Menschen entspricht. Allein aus Polen, der Türkei, der Ukraine, Russland und Syrien stammen 39 Prozent der Eingewanderten. Während die Gesamtbevölkerung leicht schrumpfte, verhinderte die anhaltende Zuwanderung einen stärkeren Rückgang. Besonders alarmierend bleibt die Qualifikationslücke: 36 Prozent der jungen Eingewanderten verfügen über keinen beruflichen Abschluss und befinden sich weder in Ausbildung noch im Studium.

Diese Entwicklung belastet die Sozialsysteme massiv und verschärft die Probleme bei der inneren Sicherheit. Eine verwaschene Kriminalstatistik sowie die zunehmende Schwierigkeit, den Arbeitsmarkt durch qualifizierte Zuwanderung zu stützen, zeigen das Scheitern der bisherigen Politik. Wenn fast jeder dritte junge Eingewanderte ohne Perspektive auf dem Arbeitsmarkt bleibt, drohen dauerhafte gesellschaftliche Spannungen und eine Überforderung der öffentlichen Haushalte. Die staatlichen Strukturen stoßen bei dieser Geschwindigkeit der demografischen Veränderung längst an ihre Belastungsgrenzen.

Wir fordern ein sofortiges Einbürgerungsmoratorium, insbesondere für Staatsangehörige aus Syrien. Anstatt die Einbürgerung zu forcieren, muss die Konsequenz eine konsequente Rückführungsoffensive sein. Deutschland benötigt eine Politik, die den Schutz der eigenen Bürger und die Stabilität des Sozialstaates in den Mittelpunkt stellt, statt die Identität und Sicherheit durch unkontrollierte Massenmigration weiter zu gefährden.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1474451270717183&set=a.797289411766709>

Bevölkerung schützen: Syrer endlich abschieben!

Die offiziellen Daten aus dem Innenministerium belegen eine schockierende Realität: Syrer sind im Vergleich zu anderen Gruppen elfmal häufiger in Gewaltstraftaten verwickelt. Staatssekretär de Vries hat diese alarmierenden Fakten zu Gewalt- und Sexualdelikten nun öffentlich gemacht. Der Bundestag diskutiert über eine explodierende Kriminalität – doch die eigentliche Verantwortung liegt bei der CDU, die diese Krise 2015 erst ausgelöst hat und sich bis heute weigert, die Sicherheit der eigenen Bürger wiederherzustellen.

Diese Zahlen verdeutlichen das massive Sicherheitsrisiko, welches durch eine unkontrollierte Zuwanderung direkt in unsere Städte importiert wurde. Es war die CDU unter Angela Merkel, die mit ihrer grenzenlosen Willkommenspolitik den Grundstein für diese Entwicklung legte – und es ist dieselbe CDU, die bis heute keine echte Konsequenz zieht. Das Vertrauen in den Rechtsstaat leidet unter einer Politik, die den Schutz der eigenen Bürger zugunsten einer ideologisch verblendeten Willkommenskultur vernachlässigt. Frauen und Kinder tragen die Hauptlast dieser Entwicklung, da öffentliche Plätze und private Räume zunehmend unsicherer werden. Eine Gesellschaft, die ihre innere Sicherheit nicht mehr garantieren kann, verliert das Fundament für ein friedliches Zusammenleben.



Statt mit dem syrischen Machthaber Al-Julani über fragwürdige Abkommen zu verhandeln, ist eine konsequente Abschiebung syrischer Staatsbürger ohne jede Ausnahme längst überfällig. Die CDU trägt die historische Verantwortung für dieses Versagen – und muss endlich aufhören, sich hinter halbherzigen Ankündigungen zu verstecken. Die Sicherheit der deutschen Bevölkerung muss endlich Vorrang vor allen anderen Erwägungen haben.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1474275397401437&set=a.797289411766709>



Schwarz-Rot am Abgrund: Merz blockiert die Rettung Deutschlands!

Stundenlang saßen die Spitzen von CDU und SPD am Wochenende in der Villa Borsig zusammen — und heraus kam: nichts. Kanzler Merz (CDU) und Vizekanzler Klingbeil (SPD) stehen unter massivem Druck. Die versprochenen Reformen bei Gesundheit, Pflege und Steuern stocken. Gleichzeitig explodieren die Spritpreise, die wirkungslose „12-Uhr-Regel“ verpufft, und intern zerfleischt sich die CDU selbst.

Diese Koalition ist handlungsunfähig. Merz streitet mit der eigenen Partei, Klingbeil blockiert marktwirtschaftliche Reformen, und die Bürger zahlen die Zeche. Firmenchefs berichten, dass Mitarbeiter kündigen, nicht mehr täglich zur Arbeit zu erscheinen. Existenzen stehen auf dem Spiel. Selbst der Arbeitgeberverband und die Familienunternehmer stellen sich gegen den Kanzler — ein beispielloser Vorgang. Das schwarz-rote Bündnis produziert Streit statt Lösungen.

Die Wahrheit ist: Notwendige Mehrheiten für eine Spritpreis-Senkung und echte



Wirtschaftsreformen wären im Bundestag längst vorhanden — wenn Merz endlich aufhören würde, aus ideologischer Sturheit eine Zusammenarbeit mit der AfD kategorisch auszuschließen. Die Interessen der Bürger, der Pendler und der Unternehmen müssen schwerer wiegen als eine dysfunktionale Koalition mit der SPD. Wer das Land retten will, darf nicht an einer Brandmauer festhalten, während ringsum alles brennt.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1474210207407956&set=a.797289411766709>

Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt

Eltern in Aufruhr: Vorzeigeschule präsentiert Kindern Homo-Pornos

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2026/eltern-in-aufruhr-vorzeigeschule-praesentiert-kindern-homo-pornos/>

André Barth bald offiziell Bürgermeister in Altenberg

<https://www.saechsische.de/lokales/saechsische-schweiz-osterzgebirge/wahlpruefung-beendet-andre-barth-ab-1-mai-2026-offiziell-buergermeister-von-altenberg-CQLNKVK3MNAJ5EC623CY52OEZM.html>

Gericht nennt Correctiv-Bericht „unwahr, ungenau und unvollständig“

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2026/gericht-nennt-correctiv-bericht-unwahr-ungenau-und-unvollstaendig/>

Gehaltserhöhung: 65.000-Euro-Plus für Kanzler Merz erst nach Kritik gestoppt

https://nius.de/politik/gehaltserhoehung-65-000-euro-plus-fuer-kanzler-merz-erst-nach-kritik-gestoppt#google_vignette

Video-Empfehlungen

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNq/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>



AfD im EU-Parlament

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>

Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen

<https://auf1.tv/>

Radio Klartext

<https://www.youtube.com/@radioklartext>

NIUS – Die Stimme der Mehrheit

<https://nius.de/>

Ostdeutsche Allgemeine Zeitung

<https://ostdeutscheallgemeine.com/>

Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

www.afdbautzen.de/

www.afdsachsen.de/verbaende/afd-kreisverband-bautzen/

www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093

t.me/afdkreisverbandbautzen

www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/

Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de

t.me/karstenhilsepolitiker

www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/

www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen

www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861

www.youtube.com/@karstenhilse9212/videos

Frank Peschel, MdL

www.frankpeschel.de

t.me/frankpeschel

www.facebook.com/frankpeschel.de

Timo Schreyer, MdL

www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD

Doreen Schwietzer, MdL

www.facebook.com/SchwietzerMdL

instagram.com/doreenschwietzer_afd

www.doreen-schwietzer.de



t.me/schwietzer

twitter.com/SchwietzerMdl

Ralf-Peter Hechtberger, Landtagsdirektkandidat WK 53

www.facebook.com/profile.php?id=61554027185527

Junge Alternative Oberlausitz

instagram.com/ja_oberlausitz

www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz

t.me/+F49gQriXPCo5OGUy

Regionalgruppe Bautzen

www.facebook.com/AfDstadtbautzen/

www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/

Regionalgruppe Hoyerswerda

www.afd-hoyerswerda.de/

www.afd-stadtrat-hoyerswerda.de/

www.youtube.com/@AfDFraktionHoyerswerda

www.facebook.com/profile.php?id=100089078246219

AfD Oberlausitz

www.facebook.com/AfDOberlausitz

www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw

t.me/oliverhelbing

www.tiktok.com/@afdoberlausitz

Ortsgruppe Cunewalde

www.afd-cunewalde.de/

Regionalgruppe Bischofswerda

www.facebook.com/afd.bischofswerda

Regionalgruppe Kamenz

www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004

www.afd-stadtrat-pulsnitz.de

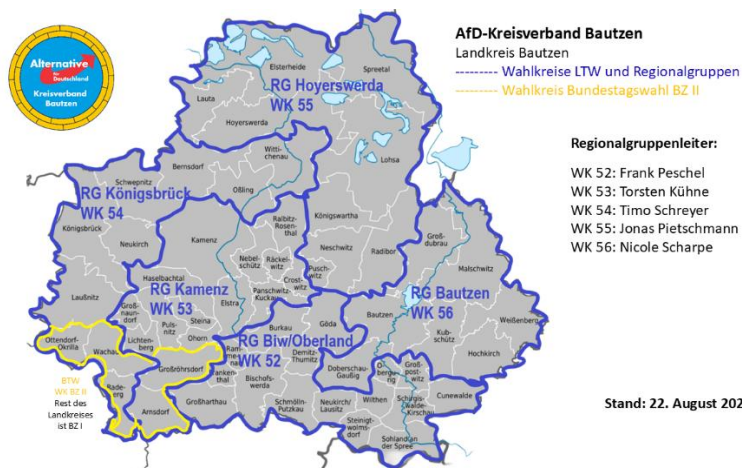
www.afdpulsnitz.de/

Stadtratsfraktion Radeberg

www.facebook.com/groups/465255757689215/



Regionalgruppen im KV Bautzen



SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Postplatz 1
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Donnerstag
10.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00 – 16.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremberger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen